

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N. 8.

33. Jahrgang.

Dienstag, den 19. Januar

1886.

Die Verwaltungen der Gemeindefrankenkassen, sowie die Vorstände der Orts- und Fabrikfrankenkassen im amts-hauptmannschaftlichen Verwaltungsbezirk erhalten hierdurch Veranlassung, die nach §§ 9 und 41 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 vorgeschriebenen Uebersichten und Rechnungsabschlüsse auf das Kalenderjahr 1885 beziehentlich auf die Zeit vom 1. Dezember 1884 bis Ende Dezember 1885 nach Maßgabe der im Gesetz- und Verordnungsblatte vom Jahre 1884 Seite 321 fg. abgedruckten Formulare I. und II. in doppelten Exemplaren längstens bis

zum 31. März 1886

anher einzureichen.

Die vorchriftsmäßigen Formulare werden in der Gehlert'schen Buchbinderei in Schwarzenberg vorrätig gehalten.

Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
am 16. Januar 1886.
Führ. v. Wirsing. St.

Für Tischler.

Die Anfertigung von 16 Schulbänken ist zu vergeben und sind Offerten

unter Preisangabe bis Ende dieses Monats bei dem Schulvorstand einzureichen. Ueber die näheren Bedingungen, sowie über die Maße wird Herr Schuldirektor **Kelle** Auskunft ertheilen.

Schönheide, am 16. Januar 1886.

Der Schulvorstand.
Gustav Haupt, Vors.

Brennholz-Auction.

Das vom Auskästen der Straßenbäume hiesigen Ortes herrührende Holz soll **Mittwoch, den 20. Januar 1886,**
von Nachmittags 3 Uhr ab

partiweise an Ort und Stelle versteigert werden.

Bersammlungsort: Restauration des Herrn **Eduard Rosenhauer.**

Der Gemeinderath zu Schönheide.

Ein päpstlicher Nuntius in Berlin.

In der jüngsten preussischen Thronrede ist auffälligerweise keine kirchenpolitische Vorlage angekündigt worden, wie eine solche doch ziemlich allgemein erwartet wurde. Dieses Fehlen erklärt sich wahrscheinlich aus dem Umstande, daß die Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle, speciell wegen des Posen-Synodaler Erzbischofsitzes, noch schweben, daß also, entgegen der jüngst durch die Blätter gegangenen Meldung, eine Einigung in der Personenfrage noch nicht erzielt wurde.

In Verbindung mit jener eben erwähnten Notiz wurde davon gesprochen, daß der Papst eine ständige Nuntiatur in Berlin errichten werde. Diese Absicht besteht schon sehr lange, hat sich aber aus rein äußerlichen Gründen bisher nicht verwirklichen lassen. Da der Papst „Souverän“, der päpstliche Stuhl eine Preußen „befreundete Macht“ ist, wie sich die Diplomatensprache ausdrückt, da ferner Preußen selber am päpstlichen Stuhle durch einen Gesandten vertreten ist und es sogar in der Absicht liegt, daselbst einen Gesandten des Reichs zu ernennen, so würde es nur folgerichtig sein, wenn der päpstliche Stuhl auch in Berlin durch einen Gesandten, das ist der Nuntius, vertreten wäre. Als vor zehn Jahren in Verlauf der Arnim-Affaire die Brochure „Der Nuntius kommt“ erschien, machte dieselbe ein ungeheures Aufsehen; heute hat man eine lässlere Auffassung von der Sache: Die Meldung, daß „der Nuntius wirklich komme“, hat die Tagespresse keineswegs besonders erregt. Die Zeiten ändern sich eben und mit ihnen auch die Gebräuche. Fürst Bismarck, der das stolze Wort gesprochen: Nach Kanossa gehen wir nicht, hat vom Papste die höchste Ordensauszeichnung erhalten, welche dieser zu vergeben hat, den Christusorden, und noch dazu mit Brillanten. Der Reichskanzler ist der erste Protestant, der in dieser hervorragenden Weise von einem Papste ausgezeichnet wurde.

Des „Kulturkampfes“ ist man müde und auf beiden Seiten würde man einem Ausgleich zustimmen, wenn ein solcher nur in halbwegs ehrenvoller Weise zu Stande zu bringen wäre. In diese gemilderte Auffassung, die auch durch das kampfbereite Verhalten des Centrums nicht erschüttert wird, paßt auch die Idee einer Nuntiatur in Berlin, wenn sie sich nur nicht gar zu schwer durchführen ließe. Ein Nuntius ist seiner Stellung nach mehr als ein sonstiger Gesandter. Ein Nuntius „residirt“, er tritt als Kirchenfürst auf und seine Hofhaltung kann sich mit der der regierenden Fürsten messen. Auf den Hoffesten hat er den Vortritt vor den Ministern, mit Ausnahme des Reichskanzlers. Das will an dem protestantischen deutschen Kaiserhofe sehr viel sagen. Die höchsten protestantischen Würdenträger rangiren hinter den Ministern; diesen unmittelbar folgt der Präsident des Oberkirchenraths, der das Prädikat Erzbischof führt, aber die Generalsuperintendenten, die etwa die gleichen Funktionen haben, wie die katholischen Erzbischöfe, kommen dann noch lange nicht; der päpstliche Nuntius würde ihnen im Hofrange weit, weit

voranstehen. Wenn diese Sache als kleinliches Bedenken erscheint, der möge erwägen, daß die dem Hefeceremoniell zu Grunde liegende Idee sich auf unsere gesammte höhere Gesellschaft überträgt, daß also in der Zulassung eines Nuntius in Berlin in den Augen vieler eine Zurücksetzung der protestantischen Kirchenleiter enthalten wäre.

Nun besteht aber noch eine andere Schwierigkeit. Berlins Bevölkerung besteht zu neun Zehnteln aus Protestanten. Der kirchliche Sinn ist bei der Mehrheit nicht besonders rege und der Katholicismus in seiner kirchlichen Form bei ihr sehr... unbeliebt. In besonders eklatanter Weise hat sich das bei dem „Moabit Klostersturm“ gezeigt, durch welchen die Absicht einiger Patres, im Vororte Moabit ein Kloster zu gründen, vereitelt wurde. Käme nun ein Nuntius nach Berlin, so hätte die Polizei eine Riesenaufgabe; Scenen, wie sie König Alfons von Spanien in Paris erleben mußte, würden an der Tagesordnung sein; denn der „süße Pöbel“ in den Großstädten, auch der in Cylinder und Glacehandschuhen, läßt sich schwer zügeln. Alles in Allem genommen, sind die angeführten Gesichtspunkte so schwerwiegender Art, daß die Errichtung einer Nuntiatur in Berlin nicht gerade wahrscheinlich ist.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Vorlage, betr. das Branntwein-Monopol, die im Bundesrathe kaum wesentliche Aenderungen erfahren dürfte, soll noch in diesem Monat an den Reichstag gelangen. Die Monopolfrage drängt alle anderen politischen Angelegenheiten in den Hintergrund. Tief einschneidende wirtschaftliche oder finanzielle Gesetze erregen das Volk fast noch mehr als politische und religiöse Fragen. Sichtbar bringt das Monopol neue Unruhe in das öffentliche Leben und steigert die wirtschaftliche Verstimmung. Viele Tausende fürchten, daß es ihnen den Erwerb oder doch ihre Unabhängigkeit entzieht, indem es sie vom Staat und den wechselnden Regierungen abhängig macht. Selbst die „Kreuzzeitung“ sagt: „Ob das conservative System, unter dem wir heute leben, nicht in kürzerer oder längerer Zeit einem anderen Platz machen muß, kann Niemand wissen, dann aber würde die Macht des Letzteren von Manchen schmerzlich empfunden werden, die heute bereit sind, den Einfluß der Regierung bis ins Grenzlose auszudehnen.“ Durchzusetzen ist das Monopol nur durch das Zusammengehen des Centrums mit der Regierung; man darf daher auf Windthorst's Auftreten im Reichstag gespannt sein, aber auch er wird wesentliche Aenderungen zur Bedingung machen. Die Vorlage, wie sie ist, hat alle Parteien überrascht, so weit eingreifend hat sie sich Niemand gedacht. Auf der anderen Seite steht das dringende Bedürfnis des Reiches nach wachsenden Einnahmen und der Plan Bismarck's, den Gemeinden neue und größere Einnahmen zuzuwenden.

— Hamburg. Abermals hat unsere Stadt den Untergang eines seiner schönsten Dampfer zu

beklagen. Der zur sogenannten „Kingson“-Linie welche den Verkehr zwischen Hamburg und den ostasiatischen Häfen in direkter Fahrt vermittelt, gehörende Dampfer „Feronia“ verließ die Elbe am Montag, 11. Januar, um seine gewohnte Reise durch das Mittelmeer und den Suezkanal nach China anzutreten, ist aber in dem während der Nacht vom Montag auf Dienstag wüthenden Sturm nahe der holländischen Küste, bei Tereschelling, gesunken. Der Kapitän der „Feronia“, Paulsen, ein Mann von 56 Jahren, ist mit dem seiner Führung anvertrauten Schiffe versunken, er hat seinen Platz auf der Kommandobrücke todesmuthig bis zum letzten Augenblick behauptet. Die vier Maschinisten des Schiffes befanden sich mit den diensthabenden Heizern und Kohlen trimmern, als die „Feronia“ bald nach 8 Uhr Morgens am Dienstag sank, im Maschinenraum und sind sämmtlich umgekommen. Gerettet sind von der aus 32 Köpfen bestehenden Besatzung des Dampfers und von den zwei Passagieren desselben insgesammt nur 14 Mann, alle Uebrigen haben ihr Leben eingebüßt und die Hoffnung, später noch von der Rettung des Einen oder Anderen zu hören, wird sich voraussichtlich und angesichts des orkanartigen Sturmes als eine eitle erweisen.

— Frankreich. In der Deputirtenkammer wurde eine Botschaft des Präsidenten Grevy verlesen, worin dieser für seine Wiederwahl dankt und die Nothwendigkeit der Bildung einer geschlossenen republikanischen Partei als Stütze des Ministeriums betont. Die Republik sei gesichert, wenn ihre Freunde nur wollten. Bei einer Stelle, worin von der Ohnmacht der monarchischen Regierungsform für Frankreich die Rede ist, unterbrach die Rechte die Vorlesung durch stürmische Proteste. — Der Präsident Jules Grevy unterzeichnete die Decrete, durch welche alle Diebstahle, welche seit dem Jahre 1870 wegen politischer Verbrechen oder Vergehen verurtheilt worden sind und gegenwärtig deshalb Strafe verbüßen, begnadigt werden. Auch einer Anzahl Anderer, die wegen Verbrechen oder Vergehen nach dem gemeinen Strafrecht zu Strafen verurtheilt waren, sind vom Präsidenten Strafermäßigungen bewilligt worden.

— Rußland. Petersburg. Die „Nowoje Wremja“ druckt an hervorragender Stelle eine Note ab, in welcher es heißt, daß der Augenblick der Entscheidung über das Schicksal Bulgariens nahe sei und daß dasselbe vollständig von Rußland abhängt. Wenn Rußland die Zeit für die Vereinigung Ost-rumeliens mit Bulgarien gekommen erachte, werde die Vereinigung stattfinden, wenn nicht — nicht. Viel hängt jedoch von der Haltung des Fürsten ab und von den Garantien, welche er für die Aufrichtigkeit seines Wunsches nach einer Ausöhnung mit Rußland zu geben bereit sei. Hiermit hängt die Anwesenheit des Generals Kaulbars in Petersburg zusammen.

— Italien. Rom. In seiner in dem letzten Freitag-Konfistorium gehaltenen Allocution erklärte der Papst dem „Moniteur de Rome“ zufolge, er habe mit Vergnügen die Rolle eines Friedensvermittlers angenommen, weil er dadurch zur Eintracht und zum